

SPD demokratischer pressediens

F/XXXI/17

27. Januar 1976

Die deutsche Sozialdemokratie und die Kommunisten

Klarstellungen zu einem Thema, das kein Wahlkampf-
punkt ist

Von Hans-Jürgen Wischnewski

Vorsitzender der Kommission für internationale Bezie-
hungen beim Parteivorstand der SPD und Staatsminister
im Auswärtigen Amt

Seite 1, 2 und 3 / 92 Zeilen

Die Gründe für die Ablehnung schwinden

Dr. Kohl soll Ausschuß-Protokolle zum Polen-Abkommen
prüfen

Von Bruno Friedrich MdB

Außenpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion und Mitglied
des SPD-Vorstandes

Seite 4 und 5 / 70 Zeilen

Abschied von Erwin Schoettle

Dank an einen grundsetztreuen Demokraten

Von Dr. Erhard Eppler MdB

Landesvorsitzender der SPD Baden-Württemberg

Seite 6 / 39 Zeilen

Nicht nur Panzer sichern den Frieden

Entwicklungspolitik als Teil der Friedenspolitik

Von Dr. Uwe Holtz MdB

Vorsitzender des Ausschusses für wirtschaftliche Zu-
sammenarbeit

Seite 7 / 25 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhard Ebert

5000 Bonn 12, Neuenallee 2-10
Postfach: 120 488
Postleitzahl: 1, Zimmer 117-224
Telefon: 32 66 27 - 95
Telex: 65 62 249 - 48 pphnd

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölnener Straße 108-112, Telefon: 37 66 11

Die deutsche Sozialdemokratie und die Kommunisten

Klarstellungen zu einem Thema, das kein Wahlkampfthema ist

Von Hans-Jürgen Wischniewski MdB

Vorsitzender der Kommission für internationale Beziehungen beim
Partei-Vorstand der SPD und Staatsminister im Auswärtigen Amt

Am 18./19. Januar 1976 in Helsingør und am 24./25. Januar 1976 in Paris haben sich Sozialdemokraten aus den europäischen Ländern unter anderem mit der Situation der kommunistischen Parteien in Westeuropa beschäftigt. Das ist nicht nur ein ganz normaler Vorgang, sondern war auch auf Grund der Gegebenheiten zwingend notwendig. Denn die kommunistischen Parteien in Westeuropa sind in ihren Ländern an Größe, Bedeutung und Einfluß sehr unterschiedlich.

In der Bundesrepublik ist der Einfluß der verschiedenen kommunistischen Parteien und Gruppen erfreulicherweise äußerst gering. Das ist nicht zuletzt ein Verdienst der SPD. In Italien dagegen sind die Kommunisten eine starke politische Partei. Ich behaupte nicht, daß für diese Stärke die seit langem regierenden Christdemokraten verantwortlich sind, obwohl jeder weiß, daß diese Stärke der KPI auch nicht vom Himmel gefallen sein kann. Auch in Frankreich ist nach den letzten Wahlergebnissen die Kommunistische Partei noch die zweitstärkste Partei im Lande. In Österreich dagegen ist, wie in den meisten skandinavischen Ländern, aber auch in Großbritannien, der Einfluß der Kommunisten unbedeutend. Überall, wo es eine starke Sozialdemokratie gibt, ist kein Platz für eine große und einflußreiche kommunistische Partei. Das soll auch so bleiben.

Die Konferenzen von Helsingør und Paris haben gezeigt, daß es in der Beurteilung dieser Lage verschiedene Auffassungen gibt zwischen Sozialisten in Italien und Frankreich und den politischen Freunden im größten Teil der anderen europäischen Länder. Der Generalsekretär der italienischen Sozialistischen Partei, Francesco de Martino, ist bemüht, einen Weg zu finden, der es der Kommunistischen Partei Italiens, die von der italienischen Regierung schon laufend konsultiert wird, aber an der unangenehmen Verantwortung nicht beteiligt ist, nicht erlaubt, aus dieser sonderbaren Si-

tustion noch mehr politisches Kapital zu ziehen. Der Generalsekretär der französischen Sozialistischen Partei, François Mitterrand, ein Anhänger des NATO-Bündnisses und der Europäischen Gemeinschaft, versucht auf seine Weise den Einfluß der Kommunisten in der französischen Arbeiterschaft zurückzudrängen. Über die von beiden angewandten Methoden kann man sehr unterschiedlicher Auffassung sein, und das ist in Helsinki und Paris auch deutlich zum Ausdruck gekommen.

Unsere portugiesischen Freunde haben in den letzten Monaten die härtesten Auseinandersetzungen mit den Kommunisten zu führen gehabt. Dem demokratischen Sozialisten Mario Soares ist es in erster Linie zu verdanken, wenn die Kommunisten sich in Portugal nicht gegen den Willen der Mehrheit der Bevölkerung durchsetzen können. Bei seiner schweren Aufgabe hat Mario Soares die Sympathie und im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten auch die Unterstützung der SPD und insbesondere ihres Vorsitzenden Willy Brandt gehabt.

Sozialdemokraten bedürfen in dieser Frage von keiner Seite einer Belehrung. Ihre Haltung ist klar:

- Die SPD lehnt jede politische Zusammenarbeit mit Kommunisten ab.
- Die SPD lehnt jede organisatorische Zusammenarbeit mit Kommunisten ab.
- Sozialdemokraten sind keine Anhänger von Volksfrontbündnissen.
- Wir mischen uns nicht in die inneren Angelegenheiten anderer Länder und anderer Parteien ein, aber wir wissen sehr genau, daß die Beteiligung von Kommunisten an Regierungen befreundeter Länder nicht im Interesse unseres NATO-Bündnisses ist; wir wünschen deshalb auch den italienischen Christdemokraten noch viel Erfolg, um mit diesem schwierigen Problem fertig zu werden.

- In unserem Entwurf für ein gemeinsames Programm der sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien in Europa haben wir noch einmal deutlich auf die prinzipiellen theoretischen und praktischen Gegensätze zwischen den Vertretern des demokratischen Sozialismus und denen des Marxismus/Leninismus hingewiesen; wir haben aber auch gesagt, daß diese

Gegensätze uns nicht veranlassen werden, auf eine offensive und sachliche Auseinandersetzung mit den Kommunisten zu verzichten.

Wir werden aber auch das tun, was notwendig ist, um über die notwendigen Informationen für unsere Arbeit zu verfügen. Natürlich gibt es Veränderungen in einem Teil des kommunistischen Lagers. Wer die dramatische Auseinandersetzung unter Kommunisten bei der Vorbereitung der "Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien Europas" mit Aufmerksamkeit verfolgt, wird das bestätigen müssen. Da behaupten Kommunisten, sie verzichten nun auf die Forderung nach der Diktatur des Proletariats. Wir wissen: Das bedeutet praktisch den Verzicht von Kommunisten auf Kommunismus. Deshalb, aber auch auf Grund von Erfahrungen, sind wir übersaus skeptisch. Aber wir wären keine verantwortungsbewußten Politiker, wenn wir nicht alle Möglichkeiten der Information nützen würden, um diesen Vorgang genau kennenzulernen.

Wir haben volles Verständnis dafür, wenn sich auch andere Politiker, darunter Christdemokraten, direkt informieren. Das gilt, wenn ein führender deutscher Christdemokrat Gespräche mit Kommunisten in Rom führt. Das gilt, wenn deutsche Christdemokraten sich im Rahmen ihrer internationalen Organisation für die Zulassung der kommunistischen Partei in Spanien interessieren. Das gilt auch, wenn der führende Unions-Politiker sehr freundschaftliche Informationskontakte oder mehr mit dem Vorsitzenden der kommunistischen Partei des größten Staates der Welt pflegt.

Belehrungen haben wir in dieser Frage von niemandem anzunehmen. Dazu sind die historischen Erfahrungen der Sozialdemokratischen Partei zu eindeutig.

Wir haben Verständnis dafür, wenn CDU und CSU nach neuen Wahlkampfthemen suchen. Dieses ist keines! (-/27.1.1976/bgy/e/pr)

+ + +

Die Gründe für die Ablehnung schwinden

Dr. Kohl soll Ausschuß-Protokolle zum Polen-Abkommen prüfen

Von Bruno Friedrich MdB

Außenpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion und Mitglied des SPD-Vorstandes

In der Diskussion um die Polen-Vereinbarungen nennt die Union als Hauptgrund für die von ihr beabsichtigte Ablehnung die nach ihrer Auffassung zu geringe Zahl - es sind 125.000 - von Menschen, die im Rahmen der Familienzusammenführung oder wegen ihrer deutschen Volkszugehörigkeit, oder beidem, in den nächsten vier Jahren in die Bundesrepublik ausreisen sollen.

Bei ihrer Ablehnung stützt sich die Union auf Zahlen des Deutschen Roten Kreuzes. Da bisher in der Öffentlichkeit nie präzise darüber diskutiert worden ist, wie diese Zahlen zustande kommen, wie sie registriert, auf ihre Gültigkeit geprüft und auf dem laufenden gehalten werden, ging man einfach von einer absoluten Größe aus. Dem Deutschen Roten Kreuz ist kein Vorwurf zu machen, deshalb, weil es in Polen nicht die Möglichkeit hatte, regelmäßig, Fall um Fall, diese Zahlen zu überprüfen. Die Bundesregierung und die Parteien des Bundestages sahen angesichts dieser Sachlage keinen Anlaß, die Zahlen des Deutschen Roten Kreuzes zu bezweifeln.

Im Zuge der Beratungen der Ausschüsse des Bundestages um die Polen-Vereinbarungen hat sich eine neue Situation ergeben.

Am 14. Januar hat der Stellv. Generalsekretär des Deutschen Roten Kreuzes, Dr. Jürgen Schilling, vor dem Auswärtigen Ausschuß berichtet. Seine Hinweise werden selbstverständlich Grundlage der Meinungsbildung sein, wenn im Plenum des Bundestages über die Polen-Vereinbarungen zu entscheiden ist. Hier soll und kann dem Berichterstatter des Ausschusses nicht vorgegriffen werden, aber es wäre wohl absurd, zu meinen, daß Angaben zu humanitären Fragen für Aussiedlungswillige in Polen wie Staatsgeheimnisse des Verteidigungsausschusses zu behandeln seien.

Bereits am 12. Januar hatte Dr. Schilling in einem Interview auf die Frage: "Es war von 280.000 da die Rede, nicht wahr?" mit dem Satz geantwortet: "Wir bestätigen keine Zahlen mehr, weil - wie ich ganz offen sagen muß - mit diesen Zahlen in der Öffentlichkeit sehr viel Unfug getrieben worden ist." In der Sitzung des Auswärtigen Ausschusses hat Dr. Schilling dann erläutert, warum er die Zahl 280.000 nicht mehr bestätigt hat.

Wenn hier dazu Stellung genommen wird, dann deshalb, weil der CDU-Abg. Dr. Herbert Hupke die Feststellung, daß die Zahl von 280.000 ausrei-

sewilligen Deutschen in Polen wahrscheinlich geringer sei, als eine gezielte Falschmeldung bezeichnet hat.

Dr. Hupka hat diese Erklärung am 21. Januar abgegeben, obwohl er am 14. Januar bei den Beratungen im Auswärtigen Ausschuss anwesend war. Bei seiner Erklärung handelt es sich offensichtlich um eine gezielte Irreführung der Öffentlichkeit, möglicherweise auch seiner eigenen Fraktion, um, ehe der Bericht des Auswärtigen Ausschusses vorliegt, eine inzwischen nicht mehr vom Deutschen Roten Kreuz selbst aufrechterhaltene Position für die innenpolitische Auseinandersetzung zu retten. Dies ist ein schlimmer Vorgang, weil dadurch der Eindruck entsteht, daß es nicht mehr um die tatsächliche Zahl der Ausreisewilligen und um die Möglichkeit der Ausreise für diese Menschen geht, sondern um die Aufrechterhaltung zwischen der Zahl von 125.000, die ausreisen dürfen, und einer inzwischen fiktiv gewordenen Zahl von 280.000. Hier soll nicht die moralische Grundhaltung dieser Einstellung erörtert werden.

Angesichts der schwerwiegenden Folgen, die eine Ablehnung der Polen-Vereinbarungen für die internationale Politik der Bundesrepublik Deutschland bedeuten würde, muß sich der CDU-Vorsitzende Dr. Helmut Kohl darauf einstellen, daß er bei Aufrechterhaltung seiner ablehnenden Haltung gefragt wird, ob er sich wirklich in der Frage der Zahl der Ausreisewilligen sechskundig gemacht hat und ob seine Ablehnung angesichts einer neuen Situation noch vertretbar ist. Wir müssen Dr. Kohl dringend auffordern, sich selbst über den vollen Wortlaut der Protokolle des Auswärtigen Ausschusses, soweit es um den Bericht des Deutschen Roten Kreuzes geht, zu informieren. Als Mitglied des Bundestages steht es Dr. Kohl zu, Einsicht in diese Protokolle zu verlangen.

Fest steht schon heute, daß mit der Ausreise von 125.000 Deutschen aus Polen die Lösung des Problems, allen Ausreisewilligen deutscher Volkszugehörigkeit den Weg in die Bundesrepublik zu ermöglichen, in greifbare Nähe gerückt ist. Kann die Union angesichts dieser neuen Situation ihre Ablehnung der Polen-Vereinbarungen aufrechterhalten?

(-/27.1.1976/wi/e/pr)

+ + +

Abschied von Erwin Schoettle

Dank an einen grundsatztreuen Demokraten

Von Dr. Erhard Eppler MdB

Landesvorsitzender der SPD Baden-Württemberg

Erwin Schoettes Tod reißt eine tiefe Lücke in das politische Leben Baden-Württembergs und der ganzen Bundesrepublik. Die Deutsche Sozialdemokratie und der Parlamentarismus in der Bundesrepublik verdanken ihm viel. Dies auch und gerade, weil er in führenden Positionen kein Mann der großen Worte war, sondern das unauffällige Handeln vorzog.

Das Leben Erwin Schoettes mit seiner mehr als fünfzigjährigen Aktivität in der Partei spiegelt ein großes Stück Geschichte der Deutschen Sozialdemokratie. Der gelernte Schriftsetzer trat 1919 der SPD bei und war zunächst als Landesvorsitzender der Sozialistischen Arbeiterjugend tätig. Zusätzlich übernahm er den Posten des Parteisekretärs in Stuttgart und kandidierte dort in der letzten Reichstagswahl der Weimarer Republik, mußte aber nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten nach England emigrieren. Dort bereitete er gemeinsam mit Erich Ollenauer und Fritz Heine die Neugründung der SPD vor.

1946 nach seiner Rückkehr stellte sich Erwin Schoettle sofort wieder der SPD zur Verfügung. Er wurde zunächst zum Vorsitzenden der Stuttgarter SPD und später zum württembergischen Landesvorsitzenden gewählt. Noch im selben Jahr übertrug ihm der Vereinigungsparteitag in Feuerbach den Vorsitz des Landesverbandes Württemberg-Baden, Süd-Baden und Südwürttemberg, dem jetzigen Baden-Württemberg.

Schon sehr früh wurde Erwin Schoettle auch parlamentarisch tätig, zunächst im Landtag von Württemberg-Baden, dann in den Jahren 1947 bis 1949 als Vorsitzender der SPD-Fraktion im Wirtschaftsrat für das Vereinigte Wirtschaftsgebiet. Mit der Lizenzerteilung übernahm er die Funktion des Mitherausgebers der "Stuttgarter Nachrichten". Auch im Bundestag gehörte Erwin Schoettle zu den Männern der ersten Stunde. Dem Parlament in Bonn gehörte er ohne Unterbrechung von 1949 bis 1972 an, wo er sich große Verdienste als Vorsitzender des Haushaltsausschusses im Bundestag erwarb. In den letzten Jahren seiner parlamentarischen Tätigkeit aktivierte er zudem noch als Vizepräsident des Bundestages.

Der Wiederaufbau der Partei und unserer parlamentarischen Demokratie nach dem Zweiten Weltkrieg sind ohne Erwin Schoettle nicht denkbar. Die Sozialdemokratische Partei, deren Vorstand Erwin Schoettle von 1948 an zwanzig Jahre lang angehörte, wird es ihm zu danken wissen.

Ein nüchterner Schwabe, ein grundsatztreuer Demokrat, ein harter Arbeiter, ein Mann, dessen Bildung nicht angeklebt, sondern immer lebendig war, ein Politiker von Format ist von uns gegangen.

Die Sozialdemokraten nicht nur von Baden-Württemberg werden ihm noch lange dankbar gedenken.

(-/27.1.1976/wi/e/pr)

Nicht nur Panzer sichern den Frieden

Entwicklungspolitik als Teil der Friedenspolitik

Von Dr. Uwe Holtz MdB

Vorsitzender des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Im neuen "Weißbuch" der Bundesregierung "zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und zur Entwicklung der Bundeswehr" wird der Sicherheitspolitik der Bundesregierung ein Aspekt zugerechnet, den sicherlich nicht jeder dort vermutet hätte: die Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern. Dem liegt die Erkenntnis zugrunde, daß Frieden nicht nur Abwesenheit von Krieg ist, sondern im wachsenden Maße das Streben nach weltweiter sozialer Gerechtigkeit.

Die NATO und ihre Mitglieder haben erkannt, daß nicht nur "klassische" Spannungen in der internationalen Politik zu Gewaltausbrüchen führen können, sondern auch die internationale, soziale und wirtschaftliche Ungleichheit, die sich heute besonders im Wohlstandsgefälle zwischen Nord und Süd ausdrückt. Deshalb bemüht sie sich auch immer mehr um die weltweite Lösung wirtschaftlicher und sozialer Fragen. Deshalb haben auch die Sozialdemokraten auf dem Parteitag in Mannheim in ihrer Entschliebung zur Außen- und Sicherheitspolitik unser Verhältnis zur Dritten Welt an die erste Stelle gesetzt.

Zur Sicherheitspolitik der Bundesregierung gehört mehr als eine nationale Streitmacht, weil nicht alle für uns wichtigen Machtquellen in unserem nationalen Bereich liegen und nicht alle wichtigen Machtquellen militärischer Natur sind. Zu diesen Machtpotentialen gehören die wirtschaftliche Lage und die politischen Ansprüche der Entwicklungsländer. Deshalb sind auch die Thesen von Gymnich, die entwicklungspolitische Konzeption der Bundesregierung und das AKP-Abkommen der Europäischen Gemeinschaft mit 46 Entwicklungsländern Teil unserer Sicherheitspolitik.

(-/27.1.1976/wl/e/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller